

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 10 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 3.12.2014

Gewaltausbruch

S. 3

Hooligans und Rechtsradikale randalieren in Köln und prügeln auf die Polizei ein. Hätte man auf die Gewaltexzesse vorbereitet sein müssen? Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition.

Flüchtlinge

S. 4, 14

Sie fliehen vor Krieg und Terror: Angesichts der Kämpfe zum Beispiel im Nahen Osten suchen immer mehr Menschen auch in Nordrhein-Westfalen Hilfe. Den Kommunen will das Land jetzt beistehen.

Grunderwerb

S. 6

Der Traum vom eigenen Haus: Inwiefern wird er durch die geplante Erhöhung der Grunderwerbssteuer erschwert? Hierüber streiten Regierungs- und Oppositionsfraktionen bei der ersten Lesung im Landtag.

Haft

S. 9-11, 13

Im Gefängnis soll man für seine Taten büßen. Moderner Justizvollzug soll aber auch auf das Leben in Freiheit vorbereiten. Welche Maßnahmen genau geeignet sind, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Aufgeschlossen Strafvollzug soll verstärkt auf Freiheit vorbereiten



Von Tätern und Opfern

Insgesamt 14.217 Menschen saßen Ende März 2014 in nordrhein-westfälischen Gefängnissen. 12.795 von ihnen verbüßten eine Strafe nach allgemeinem Strafrecht, 1.309 eine Jugendstrafe. 113 Inhaftierte befanden sich in Sicherungsverwahrung. Diese Zahlen nennt das Statistische Landesamt.

Nun beschäftigt sich der Landtag mit der Situation dieser Menschen. Das kann er, weil der Bund den Ländern das Recht zur Regelung des Strafvollzugs übertragen hat. Zwei Gesetzentwürfe (Landesregierung und CDU) liegen zur Beratung vor. Beide stellen sich den gleichen Fragen: Wie kann man Strafe, Wiedereingliederung und Vorbeugung am besten miteinander verbinden? Welche Rolle kann und soll ein offener Vollzug spielen? Wie kann man Strafgefangene auf die Zeit nach der Entlassung vorbereiten und sie dann gegebenenfalls anschließend weiter betreuen? Beide Gesetzentwürfe vergessen die Opfer dabei nicht. So geht es zum Beispiel um eine opferbezogene Gestaltung des Vollzugs, aber auch darum, opferrelevante Daten zu schützen und den Opfern Auskünfte zu erteilen, die für sie wichtig sind.

Bundesweit wird etwa jeder dritte verurteilte Straftäter innerhalb von drei Jahren nach dem Urteil beziehungsweise seiner Haftentlassung erneut straffällig. Dies geht aus einer vom Bundesministerium der Justiz in Auftrag gegebenen Untersuchung hervor. Grundlage der Rückfallstatistik waren Einträge ins Bundeszentralregister, erhoben wurden Daten aus dem Zeitraum 2007 bis 2010. Besonders hoch ist die Quote der Stu-

die zufolge bei Raubdelikten und schweren Formen des Diebstahls. Hier fiel mehr als jeder zweite Verurteilte erneut auf. Ein weiteres Ergebnis: Das Rückfallrisiko ist bei Tätern, die zu Freiheitsentzug verurteilt wurden, höher als bei anderen, milder bestraften Tätern.

FEHLENDE BILDUNG

Wer sich Gefangenen-Biografien anschaut, erkennt vielfach Gemeinsamkeiten: kein Schulabschluss, keine Berufsausbildung. Viele können nicht einmal richtig lesen und schreiben, sie gelten als „funktionale Analphabeten“. Fehlende Bildung macht niemanden zum Verbrecher. Aber wem Bildung fehlt, dem fehlen auch Chancen. Und das frustriert. Die Erfolgsaussichten dieser Menschen auf dem Arbeitsmarkt sind, vorsichtig ausgedrückt, begrenzt. Kommen dann noch Suchtprobleme dazu, droht ein Teufelskreis. Der Weg zurück ins Gefängnis ist erst recht geebnet, wenn „draußen“ niemand da ist, der sich um sie kümmert und dabei hilft, nicht wieder in alte Verhaltensmuster zu verfallen.

Was auch immer am Ende beschlossen wird: Das neue Gesetz soll dazu beitragen, Inhaftierte besser auf die Freiheit vorzubereiten, sie zu resozialisieren; es soll ihnen schon in der JVA helfen, später wieder Fuß zu fassen. Und wenn Täter nicht erneut zu Tätern werden, ist schon viel für den Opferschutz getan. *zab*



Schwerpunkt: Strafvollzug

Regierung will aktivierenden Strafvollzug	9
Schlag auf Schlag	10-11
Landesrecht für Strafhaft bedingt	
Landesrecht für Abschiebehaft	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Inneres: Hooligan-Gewalt löst Entsetzen aus	3
Asyl: Flüchtlingsgipfel:	
Vereinbarungen werden umgesetzt	4
Verkehr: Ärger über Pkw-Maut eint Fraktionen ...	5
Steuern: Maßvoll oder maßlos?	6
Soziales: Alle wollen Kinder schützen	7
Meldungen	8

Aus den Ausschüssen

Meldungen	14
Wohnen: Die Abstiegs spirale	15
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Forum: Westfälische Wahrzeichen	18
Persönlich: Christian Dahm (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20



Hooligan-Gewalt löst Entsetzen aus

Landtag debattiert über Krawalle und die Folgen

5. November 2014 – Der Gewaltausbruch bei einer Demonstration von Hooligans und Rechtsradikalen in Köln hat zu einem heftigen Schlagabtausch im Landtag geführt. In einer von den Fraktionen von CDU und PIRATEN beantragten Aktuellen Stunde übte die Opposition massive Kritik an Innenminister Ralf Jäger (SPD) und dem Konzept für den Polizeieinsatz. Warnungen im Vorfeld seien nicht ernst genommen worden. Jäger verteidigte den Einsatz und sprach zugleich von einer neuen Gefahr für die Gesellschaft.

In Köln war es am 26. Oktober bei einer Demonstration von mehr als 4.000 Hooligans und Rechtsradikalen gegen Salafisten zu heftigen Ausschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Dabei wurden fast 50 Beamte verletzt. Die Demonstration hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt.

Für die PIRATEN-Fraktion kritisierte [Daniel Düngel](#), dass das „rassistische, gewaltbereite Bündnis“ aus Hooligans und Rechten von den Sicherheitsbehörden „massiv unterschätzt“ worden sei. Dabei habe es im Vorfeld der Kölner Demonstration ausreichend Vorwarnungen gegeben. „Ich frage Sie, Herr Innenminister Jäger, warum wurde auf diese Vorwarnungen nicht gehört?“ Düngel fragte weiter, warum in Köln nicht szenekundige Beamte eingesetzt worden seien, mit wie viel Demonstranten die Polizei wirklich gerechnet habe und warum die Demonstration habe „mitten in Köln“ stattfinden dürfen. Diese Fragen müssten geklärt werden.

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) sprach von der größten gewalttätigen Demonstration von Rechten, die Deutschland seit Jahren erlebt habe, und kritisierte eine „Untätigkeit im Vorfeld“. Diese Demonstration bedeute einen „nachhaltigen Schaden für NRW“. Zugleich erlebe man einen Innenminister, der mehr mit Selbstverteidigung beschäftigt sei als mit dem Rechtsstaat. Laschet verwies auf eine Aus-

saage von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), sie halte an ihrem Innenminister fest. Dann müsse sie im Landtag in einer Regierungserklärung darlegen, wie sie die Sicherheit im Land in Zukunft gewährleisten wolle.

„SCHÖNFÄRBEREI“

Für die FDP forderte [Dr. Robert Orth](#) den Innenminister indirekt zum Rücktritt auf. Wenn auf diesem die Verantwortung des Amtes zu schwer laste, dann solle er sich davon befreien, sagte der Abgeordnete. Orth kritisierte vor allem, dass Jäger das Einsatzkonzept der Polizei in Köln als erfolgreich bezeichnet habe: „Das ist eigentlich nur erbärmlich.“ Der Minister müsse erklären, warum die Polizei im Vorfeld offenbar nur von 700 Demonstranten ausgegangen sei, obwohl es dann mehr als 4.000 gewesen seien. Jäger habe die Wirklichkeit nicht ernst genommen. „Ihre Schönfärberei lassen wir Ihnen auch nicht mehr durchgehen.“

Der SPD-Abgeordnete [Ibrahim Yetim](#) warf den Oppositionsfraktionen vor, mit „durchsichtigen Anträgen“ vom eigentlichen Thema abzulenken. In Köln sei eine neue Form der Gewalt aufgetreten, die bekämpft werden müsse. Ihr müsse der Boden entzogen werden. Mit Blick auf den Polizeieinsatz betonte Yetim, dass der

Polizeichef in Köln durchaus von rund 4.000 Demonstranten ausgegangen sei. Die Opposition versuche hier, einen Widerspruch zwischen der Polizei und Innenminister Jäger zu konstruieren. Auch habe es im Vorfeld der Demonstration keinerlei Hinweise darauf gegeben, dass es zu solchen „Gewaltexzessen“ kommen könne.

Auch [Verena Schäffer](#) mahnte für die GRÜNE-Fraktion, die Landespolitik müsse sich mit diesem neuen Gewaltphänomen beschäftigen. Das eigentliche Anliegen des Landtags müsse sein, dass sich ein solcher Gewaltausbruch wie in Köln nicht wiederhole. Schäffer wies die Kritik der Opposition am Polizeieinsatz zurück. Eine Abfrage bei Sicherheitsbehörden des Bundes und anderer Länder habe im Vorfeld der Demonstration keine Hinweise darauf ergeben, dass es zu solchen Ausschreitungen kommen könne. Man habe mit Gewalt gerechnet, daher seien auch Wasserwerfer bereitgestellt worden. Man habe aber nicht mit diesem Ausmaß gerechnet.

[Innenminister Jäger](#) betonte, die Lage, die die Polizei habe bewältigen müssen, sei schwierig gewesen: „Die verletzten Beamtinnen und Beamten, die erschreckenden Bilder der Krawalle – das war für uns kein Erfolg.“ Er sprach von einem neuen Phänomen, mit dem die Sicherheitsbehörden konfrontiert worden seien. Aus dem Zusammenwirken von gewaltbereiten Hooligans und rassistischen Rechtsextremisten ergebe sich eine neue Gefahr für die Gesellschaft. Der Minister stellte sich zugleich erneut hinter den Polizeieinsatz. Man sei in Köln von 4.000 Demonstranten ausgegangen, habe aber nicht mit dieser massiven Gewalt gerechnet.

Wibke Busch

Anträge

Der Debatte über den Einsatz in Köln lagen Anträge der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP zugrunde. Drucksachen: [16/7211](#), [16/7212](#) und [16/7168](#).



Fotos: Schälte

Daniel Düngel (PIRATEN)

Armin Laschet (CDU)

Dr. Robert Orth (FDP)

Ibrahim Yetim (SPD)

Verena Schäffer (GRÜNE)

Innenminister Ralf Jäger (SPD)



PLENUM

Hans-Willi Körfges
am Redepult und Innenminister
Ralf Jäger (beide SPD)

Flüchtlingsgipfel: Vereinbarungen werden umgesetzt

Dennoch kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen

5. November 2014 – Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in NRW soll verbessert, das vom Flüchtlingsgipfel am 20. Oktober in Essen vereinbarte Maßnahmenpaket zügig umgesetzt werden. Das hat der Landtag nach einem gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN beschlossen. CDU und FDP enthielten sich, die PIRATEN waren dagegen. Weitere Anträge von der FDP bzw. den PIRATEN wurden zur Beratung an den federführenden Integrationsausschuss überwiesen.

Hintergrund der Debatte waren die Übergriffe auf Flüchtlinge durch Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste in Unterkünften des Landes. Auf dem „Flüchtlingsgipfel“, an dem auf Einladung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, Verbänden sowie aller Landtagsfraktionen teilgenommen hatten, wurde unter anderem vereinbart, weiteres Personal einzustellen und bis Ende des Jahres in den Flüchtlingsunterkünften des Landes 1.800 zusätzliche Plätze zu schaffen. Außerdem sollen die Landeszuweisungen an die Kommunen in diesem Jahr um weitere 40 Millionen auf insgesamt 183 Millionen Euro erhöht werden. Die eingeleiteten flächendeckenden Kontrollen zur Überprüfung der Sicherheits- und Qualitätsstandards sollen fortgesetzt, ein dezentrales Beschwerdemanagement in jeder Landeseinrichtung installiert werden. Weitere Maßnahmen: mehr Geld für die soziale Beratung von Flüchtlingen, Schaffung eines Härtefallfonds für Kommunen, die durch besonders hohe Krankenkosten belastet werden, ein standardisiertes Impfangebot in den Einrichtungen. Die Bundesregierung solle zudem aufgefordert werden, „die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen schnelleren Zugang zu Ausbildung, Hochschule und Arbeit zu schaffen“.

Es gehe nun darum, die Ergebnisse des Gipfels zügig umzusetzen, sagte [Hans-Willi Körfges](#) (SPD). Die Anträge von SPD/GRÜNEN, FDP und PIRATEN seien zwar formal unterschiedlich, aber inhaltlich sehr ähnlich. Körfges warb für eine fraktionsübergreifende Mehrheit. Eine

neue Flüchtlingspolitik sei keine Frage parteipolitischer Unterschiede. Der Antrag sei ein konkreter erster Schritt zur Umsetzung des Flüchtlingsgipfels.

Ähnlich äußerte sich [Monika Düker](#) (GRÜNE). Es gebe „tragfähige Schnittmengen“. Sie bedauerte, dass die Opposition den gemeinsamen Weg trotz anderslautender Ankündigung nicht mehr mitgehen wolle. Mit dem Antrag wolle man sich nur die während des Gipfels getroffenen Vereinbarungen vom Parlament bestätigen lassen. Ein gemeinsamer Antrag könne ein Signal sein, „dass wir auf mehr Unterstützung aus Berlin angewiesen sind“.

[Frank Herrmann](#) (PIRATEN) fehlte im Antrag von SPD und GRÜNEN das Eingeständnis, in der Vergangenheit Fehler gemacht zu haben. Er sprach von einem „Show-Antrag“ und vermisste unter anderem einen verbindlichen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen. Die nach den Übergriffen eingerichtete Task-Force habe sich innerhalb von vier Wochen in zwei Flüchtlingsunterkünften des Landes nicht einmal angekündigt, kritisierte Herrmann.

„GESPRÄCHE AUSGEBLIEBEN“

„Wir bekennen uns zu den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels“, erklärte [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). Die von Ministerpräsidentin Kraft angekündigten Gespräche mit den Fraktionen zur Umsetzung seien allerdings ausgeblieben. Stattdessen seien die Fraktionen

schriftlich aufgefordert worden, sich binnen 48 Stunden zu entscheiden, ob sie sich dem Antrag anschließen werden oder nicht. Statt Gesprächen habe es ein Ultimatum gegeben.

Der CDU gehe der Antrag nicht weit genug, sagte [André Kuper](#) und forderte einen „Heim-Tüv“ und eine Ombudsstelle innerhalb der Landesregierung. Man kündige den Konsens nicht auf, sondern erwarte „verantwortliches Handeln“. Fraktionschef [Armin Laschet](#) kritisierte, dass das Beschwerdemanagement in der Verantwortung von Innenminister Ralf Jäger (SPD) liegen solle. So werde es nicht zu einer Verbesserung der Situation kommen.

[Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) wies auf die Gemeinsamkeiten der Anträge hin. „Wir nehmen jetzt und in Zukunft die Situation verstärkt aus dem Blickwinkel der Flüchtlinge wahr“, sagte er. Nach dem „Flüchtlingsgipfel“ gehe es nun darum, Taten folgen zu lassen. Vom Bund forderte er mehr finanzielle Unterstützung. [Ministerpräsidentin Hannelore Kraft](#) (SPD) äußerte nach der Kritik von CDU, FDP und PIRATEN am rot-grünen Antrag die Befürchtung, „in parteipolitischen Klein-Klein-Auseinandersetzungen zu landen“. Der Opposition sei ein Entwurf geschickt worden, über Änderungen hätte man reden können. „Sind wir noch beieinander oder nicht?“, fragte sie. zab

Anträge

Folgende Anträge lagen der Diskussion zugrunde: SPD/GRÜNE ([Drs. 16/7145](#)), PIRATEN ([Drs. 16/7152](#)), FDP ([Drs. 16/7165](#)).

Fotos: Schälte





Ärger über Pkw-Maut eint Fraktionen

Aktuelle Stunde zu geplantem Gesetz auf Antrag von FDP und PIRATEN

6. November 2014 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit der geplanten Einführung einer Pkw-Maut auf Bundesfernstraßen beschäftigt. Dies hatten PIRATEN und FDP beantragt. Die PIRATEN warnen vor einer „Totalüberwachung der Bevölkerung“, weil Kennzeichen von Fahrzeugen erfasst und ausgewertet werden sollen. Die FDP fürchtet vor allem massive Umsatzeinbußen für Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen.

Bereits kurz nach Vorstellung der Pläne hätten Datenschützer „intensiv vor der für die Pkw-Maut benötigten Überwachungsinfrastruktur gewarnt“, hieß es im Antrag der PIRATEN (Drs. 16/7213). Außerdem werde die Maut „echte Lösungen gegen den Verfall der Infrastruktur blockieren“. Das Konzept enthalte „weder Steuerungsfunktionen noch eine Lenkungswirkung“. Die erwarteten Einnahmen stünden in keinem Verhältnis zum Aufwand.

Für den Wirtschaftsstandort NRW hätte das Gesetz erhebliche Umsatzeinbußen zur Folge, weil Besucher aus dem benachbarten Ausland fernblieben, schrieb die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 16/7214). Die vorgesehene Aussetzung der Maut auf Bundesstraßen sei nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“, da Besucher aus den Nachbarländern auch über die Autobahnen nach NRW kämen – gerade in nicht-grenznahe Regionen wie beispielsweise das Sauerland. Die Interessen Nordrhein-Westfalens seien bei der Formulierung des Gesetzes nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Der „Patientin Infrastruktur“ gehe es nicht gut, sagte Oliver Bayer (PIRATEN). Die geplante Pkw-Maut sei allerdings völlig sinnfrei und nur ein „Placebo“. Als Gipfel bezeichnete Bayer, dass die gewonne-

nen Fotos und genauen Daten aus der Kennzeichenerfassung 13 Monate lang gespeichert werden sollen. Er sprach von einer „Vorratsdatenspeicherung für Bewegungsprofile“, der sich niemand entziehen könne, von einem „teuren und ineffektiven Bürokratie- und Datenmonster“.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner nannte die Maut einen „Frontalangriff auf den gesunden Menschenverstand“, den „Gipfel der Dada-Politik“ und die „bürokratischste Idee seit Einführung des Dosenpfands“. Es handle sich um eine Trophäe, die die CSU an bayrischen Stammtischen vorzeigen wolle. Lindner befürchtet nun ein „Maut-Wettrüsten“ in den Nachbarländern. Zu den Verlierern zählt er den Standort NRW, aber auch Europa, da durch die Maut wieder Grenzen geschaffen würden.

Die Pkw-Maut sei ein „Projekt für bayrische Stammtische und Bierzelte“, befand auch Jochen Ott (SPD). Sein Urteil: „Politik zum Abgewöhnen.“ Sinnvoller sei es, die Lkw-Maut auszuweiten, da der schlechte Zustand vieler Straßen vor allem auf Lastwagen zurückzuführen sei.

Außerdem bezweifelte er, dass die gewünschten Einnahmen überhaupt erzielt werden könnten. Die SPD-Bundestagsfraktion solle da „genau

nachrechnen“. Er hoffe auf viele Verbesserungen im Gesetz, sagte Ott.

„Keine Pkw-Maut wäre sicher die beste Lösung“, sagte Klaus Vosssem (CDU). Aber: „Verträge müssen eingehalten werden.“ Und am Koalitionsvertrag könne und wolle man nicht rütteln. Die Pkw-Maut habe ursprünglich für alle Straßen gelten sollen, dagegen habe sich die NRW-CDU gesperrt und auf diese Weise „Schaden von Nordrhein-Westfalen abgewendet“. Von Anfang an sei klar gewesen, dass die CDU das grenzüberschreitende Leben mit Nachbarn fördern und Autofahrer nicht belasten wolle.

„MURKS-MAUT“

Rudolf Beu (GRÜNE) hob den bürokratischen Aufwand hervor. Rund 500 neue Stellen seien erforderlich. „Eine einmal geschaffene Verwaltung wird so gut wie nie wieder abgeschafft.“ Die Maut behindere das „gelebte Europa“, sie bedrohe Arbeitsplätze im Tourismus. Beu: „Wenn alle sagen, ‚Lasst den Blödsinn‘, dann sollte man endlich die Notbremse ziehen.“ Seine Fraktion empfehle, die Lkw-Maut aufs gesamte Straßennetz auszudehnen und auch kleinere Lastwagen einzubeziehen.

„Murks-Maut bleibt Murks-Maut“, erklärte Verkehrsminister Michael Groschek (SPD). Auch er sprach sich für eine „verbreiterte und vertiefte Lkw-Maut“ aus. Eine Digitalisierung des Verkehrssystems lehnte der Minister dagegen nicht grundsätzlich ab. Beispielsweise sei die Digitalisierung von Straßen erforderlich, um Kapazitäten besser nutzen zu können. Gefahren müssten benannt werden, es gelte der Grundsatz: „Chancen nutzen, Risiken abwägen, Vernunft walten lassen.“

zab





Maßvoll oder maßlos?

Streit über Erhöhung der Grunderwerbsteuer

5. November 2014 – Die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer führte im Landtag NRW zu einem Schlagabtausch zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen. Meinungsunterschiede gab es vor allem darüber, ob die Erhöhung zur Haushaltskonsolidierung beitragen könne und wie sie sich auf Investitionen im Wohnungsbau auswirke.

Als „maßvoll und moderat“ wertete SPD-Fraktionsvorsitzender [Norbert Römer](#) die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Sie werde bei einem Haus im Wert von 300.000 Euro und einer Finanzierung auf 25 Jahre rund 15 Euro pro Monat betragen, rechnete er vor. Dies werde niemanden von einem Kauf abhalten. Entsprechende Befürchtungen bei der Erhöhung vor drei Jahren seien mittlerweile auch durch die Realität widerlegt worden. „Maßlos“ seien dagegen die Vorstellungen von CDU und FDP, gleichzeitig allgemeine Steuersenkungen und Gebührenerhöhungen im Bereich von Studium und Kita vorzunehmen.

„Das ist nicht schön, aber das muss sein“, meinte GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender [Reiner Priggen](#) zur Steuererhöhung. Das Land müsse seine Einnahmen sichern, um die Neuverschuldung senken und gleichzeitig zum Beispiel in die Bildung investieren zu können. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sah er dazu als einzige Möglichkeit. Priggen rechnet mit einem Aufkommen von 400 Millionen Euro zum Beispiel im Jahr 2015. Er verwies darauf, dass Nordrhein-Westfalen auch nach der Erhöhung den Vergleich mit anderen Bundesländern, aber auch Belgien und den Niederlanden nicht zu scheuen brauche.

„Keinen Respekt“ vor dem Souverän warf FDP-Fraktionsvorsitzender [Christian Lindner](#) der rot-grünen Landesregierung vor. Wie vor drei

Jahren habe sie auch diesmal ihre Steuererhöhungspläne erst kurzfristig vorgelegt und vor der Kommunalwahl davon nichts verlauten lassen. Konkret bedeute die Erhöhung bei einem Haus im Wert von 300.000 Euro eine Summe von 4.500 Euro, also immerhin zwei, drei Monatsgehälter. Das sei keine Kleinigkeit und werde überdies nicht nur Hausbesitzer, sondern auch Mieter treffen. Die SPD erweise sich somit einmal mehr als „Partei der Umverteilung und Belastung“.

„Wer in Zeiten höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen die Steuern erhöht, hat jede finanzpolitische Glaubwürdigkeit verloren“, so [Christian Möbius](#) (CDU). Die Landesregierung erweise sich damit als ebenso hilf- wie planlos. Die Konsolidierung des Landeshaushalts könne nur über die Senkung der Ausgaben gelingen. Daran könnten auch die vorliegenden Pläne zur Steigerung der Einnahmen nichts ändern. Diese zeigten überdies, dass die Regierungsfractionen dem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr nicht trauten. Die Erhöhung sei Gift für private Investitionen, befürchtete Möbius.

Der Regierungsentwurf sehe eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 30 Prozent vor, erklärte [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN). Im Gegensatz zu den Beteuerungen, man sei bei der Haushaltskonsolidierung auf gutem Wege,

ließen die vorliegenden Pläne vermuten, dass die Landesregierung von „permanenter Panik“ getragen sei. Mit Steuereinnahmen, die von der Konjunkturerwicklung abhängig seien, könne man nun einmal nicht strukturelle Schulden abbauen. Die vermuteten 400 Millionen Euro im kommenden Jahr deckten zum Beispiel gerade einmal die Mehrausgaben durch die Erhöhung der Beamtenpensionen.

EINNAHMEN VERBESSERN

Die Möglichkeit zu Investitionen in die Zukunft des Landes betonte [Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD). Daher müsse man die Einnahmen des Landes verbessern. Würde man dazu nicht den einzigen Hebel nutzen, den man selbst in der Hand habe, bliebe als Alternative nur die Besserstellung Nordrhein-Westfalens im Hinblick auf Transferzahlungen des Bundes. Dies sei nur auf langem Weg zu erreichen, so Walter-Borjans, der auch eine gerechtere Gestaltung des Länderfinanzausgleichs ansprach. Schließlich, kündigte er an, werde man auch die Kommunen an den Mehreinnahmen beteiligen. *cw*

Weiterberatung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der GRÜNEN ([Drucksache 16/7147](#)) wurde ebenso wie der Antrag der FDP „Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zulasten junger Familien“ ([Drucksache 16/7170](#)) an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk überwiesen.

Besuch aus Estland

Mit einer großen Delegation hat der estnische Parlamentspräsident Eiki Nestor Ende November den Landtag Nordrhein-Westfalen besucht. Präsidentin Carina Gödecke empfing die Gäste und führte sie durch den Plenarsaal, wo sie zahlreiche Fragen zur Arbeit des Landesparlaments beantwortete. Bei einem Mittagessen tauschten sich das Landtagspräsidium und die estnische Delegation über aktuelle politische Themen aus. *Foto: Schälte*





Alle wollen Kinder schützen

Unterschiedliche Ansätze trennen die Fraktionen

6. November 2014 – Unterschiedliche Anträge lagen zum Thema Kinderschutz vor. SPD und GRÜNE traten für einen Antrag mit dem Schwerpunkt der Vorbeugung ein. CDU, FDP und PIRATEN forderten dagegen die Annahme einer rechtlichen Regelung, die bei Verdacht von Kindesmisshandlung eine Konsultation von Ärzten untereinander ermöglichen soll.

Foto: Schälte

Der Antrag beschreibe das Verständnis ihrer Fraktion von umfassenden Maßnahmen zum vorbeugenden Kinderschutz, erklärte [Ingrid Hack](#) (SPD). Sie verwies auf den Verfassungsrang der Kinderrechte und des Kinderschutzes. Bei der Umsetzung des daraus resultierenden Schutzauftrags wolle man insbesondere die systemübergreifende Zusammenarbeit der relevanten Akteure stärken. Dies bedeute im Gegensatz zum Bundeskinderschutzgesetz auch die adäquate Einbeziehung von Gesundheitsschutz, Schule und sozialen Faktoren. Ein weiterer Aspekt sei die Regelung von Prävention und Beratung für Kinder und ihre Eltern.

Für die CDU konzentrierte sich [Ina Scharrenbach](#) auf die Schaffung einer rechtssicheren Möglichkeit, dass sich Kinderärzte bei Verdacht von Kindesmisshandlungen untereinander austauschen könnten. Die CDU lege zusammen mit der FDP und den PIRATEN den Vorschlag einer entsprechenden Änderung des Heilberufsgesetzes vor. Diese sehe für bestimmte Fälle die Aufhebung der Schweigepflicht vor. Denn erst wenn feststehe, dass ein Fall von Kindesmisshandlung gegeben sei, erfolge eine Meldung ans Jugendamt. Vor diesem Hintergrund hätten auch die Fachanhörungen die breite Unterstützung für eine solche Änderung ergeben.

Die ganze Gesellschaft sei gefordert, das sichere Aufwachsen von Kindern zu gewährleisten, betonte [Andrea Asch](#) (GRÜNE). Für zu viele Familien seien die Lebensbedingungen nicht so, wie es sich für eine reiche Gesellschaft gehöre. SPD und GRÜNE strebten einen vernetzten

Ansatz an, der auf ein Zusammenwirken der verschiedenen Hilfsangebote abziele. Die Stärkung der Familien solle so früh wie möglich einsetzen. Das Anliegen von CDU, FDP und PIRATEN habe man im rot-grünen Antrag aufgegriffen. Angesichts unterschiedlicher Meinungen in den Anhörungen sei aber eine gründliche Prüfung dieser Frage notwendig.

RECHTSSICHERHEIT

Seit rund 20 Monaten diskutiere man im Ausschuss über die Frage der Schweigepflicht und des interkollegialen Austauschs von Ärzten untereinander, erläuterte [Marcel Hafke](#) (FDP). Ziel sei auch, sogenanntes Ärztehopping zu vermeiden, also das rasche Wechseln der Ärzte zur Verschleierung bei Verdacht auf Missbrauch. Bis heute habe man von den Regierungsfractionen hierzu keine inhaltliche Stellungnahme erhalten. Er appellierte an SPD und GRÜNE, dem zur Abstimmung anstehenden Gesetzentwurf von CDU, FDP und PIRATEN zuzustimmen. In einem zweiten Schritt könne man dann gemeinsam den rot-grünen Antrag erörtern.

SPD und GRÜNEN gehe es um präventiven Kinderschutz, CDU, FDP und PIRATEN um das Erkennen und Beenden von Kindesmisshandlung, so [Olaf Wegner](#) (PIRATEN). Heute müssten die Ärztinnen und Ärzte allein entscheiden, ob eine meldepflichtige Kindesmisshandlung vorliege oder nicht. Nach geltendem Recht dürften sie sich darüber mit niemandem austauschen.

„Es kann doch nicht sein, dass wir die Ärzte damit völlig alleinlassen“, warb Wegner für eine Änderung der Rechtslage, die gemeinsame Beratung ermögliche. Es gehe um Sicherheit: für die Ärzte und bei der Feststellung, ob Kindesmisshandlung vorliege oder nicht.

„Vorbeugung wirkt“, unterstrich [Wissenschaftsministerin Svenja Schulze](#) (in Vertretung für Gesundheitsministerin Steffens) den Ansatz von SPD und GRÜNEN. Daher sei für die Landesregierung die Umsetzung der Bundesinitiative „Netzwerk Frühe Hilfen“ vordringlich. Bis Frühjahr kommenden Jahres wolle man entscheiden, was künftig auf Bundesebene und was auf Landesebene geregelt werden soll. Das gelte im Übrigen auch für die geforderte Regelung zur Durchbrechung der ärztlichen Schweigepflicht. Schulze bezweifelte, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Oppositionsfractionen die gewünschte Rechtssicherheit schaffe. *cw*

Abstimmung

Der Gesetzentwurf der Fraktionen „Gesetz zum Ausbau des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen – Änderung des Heilberufsgesetzes“ ([Drs. 16/4819](#)) von CDU, FDP und PIRATEN wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Der Antrag „Kinderschutz geht alle an – Prävention stärken, Zusammenarbeit von Jugend- und Gesundheitshilfe ausbauen“ ([Drucksache 16/7146](#)) von SPD und GRÜNEN wurde an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.



Foto: Schälte

MELDUNGEN

Breite Kritik an FDP-Antrag zur Windkraft

6.11.2014 – Auf breite Ablehnung ist im Plenum ein Antrag gestoßen, in dem die FDP-Fraktion die Festlegung eines Mindestabstands zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung fordert. Das Land NRW solle dazu die neu geschaffene Möglichkeit einer Länderöffnungsklausel nutzen und einen Mindestabstand der zehnfachen Anlagenhöhe vorschreiben. Für die Fraktion argumentierte [Dietmar Brockes](#), dass die Energiewende nicht ohne Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gelingen könne. Die Landesregierung treibe dagegen den Ausbau der Windenergie ohne Rücksicht auf Menschen und Landschaft voran. Deutliche Kritik an dem Antrag kam von den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN sowie von Umweltminister [Johannes Remmel](#) (GRÜNE). Sie warfen der FDP vor, die Energiewende insgesamt ausbremsen zu wollen und damit auch dem Wirtschaftsstandort NRW zu schaden. Die CDU mahnte, dass es in der Debatte über die Energiewende nicht zu viel „Nein“ geben dürfe. Einstimmig überwies das Plenum den FDP-Antrag ([Drs. 16/7164](#)) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse für Energie (federführend), für Umwelt sowie für Kommunalpolitik.

Beamtenbesoldung und Nachtragset

5./6.11.2014 – In zweiter Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Erhöhung der Beamtenbesoldung ([Drs. 16/6688](#)) beschlossen. Ihm stimmten die Regierungsfaktionen von SPD und GRÜNEN zu. Die FDP und die PIRATEN lehnten das Gesetz ab, die CDU-Fraktion enthielt sich. Das Gesetz der rot-grünen Landesregierung sieht für die Jahre 2013 und 2014 ab der Besoldungsgruppe A 11 eine gestaffelte Erhöhung der Bezüge vor. Die ursprünglich vorgesehene Nullrunde für höhere Beamte

und Richter war vom nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt worden. Die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge führt zu Mehrbelastungen für den Haushalt in den Jahren 2013 und 2014 von 433 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2014. Im engen Zusammenhang dazu stand der Nachtragshaushalt 2014, den der Landtag in dritter Lesung verabschiedete – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, PIRATEN sowie des fraktionslosen Abgeordneten [Robert Stein](#). Der von der Landesregierung vorgelegte Etat enthält die Mehrausgaben, die durch die Neuregelung bei den Beamtenbezügen entstehen. Außerdem ebnet er den Weg für den 30 Millionen Euro umfassenden Hilfsfonds zugunsten der nordrhein-westfälischen Kommunen, die besonders stark vom Pfingst-Orkan „Ela“ betroffen waren. Insgesamt erhöht sich die Neuverschuldung um rund 800 Millionen Euro auf rund 3,2 Milliarden Euro.

Untersuchungsausschuss zum NSU-Terror

5.11.2014 – Einstimmig hat der Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) eingesetzt. Der Antrag ([Drs.16/7148](#)) war gemeinsam von allen fünf Fraktionen gestellt worden. Der Ausschuss soll unter anderem Aufschlüsse über mögliche Fehler nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien und der Staatskanzlei sowie weiterer Verantwortlicher geben. Er wird aus zwölf stimmberechtigten Mitgliedern bestehen: Die SPD stellt fünf, die CDU drei, die GRÜNEN zwei. FDP und PIRATEN sind mit jeweils einem Mitglied vertreten. Im Blickpunkt stehen unter anderem die Aktivitäten der Rechtsterroristen des „NSU“ sowie

möglicher Unterstützer und Unterstützerinnen in NRW seit Oktober 1991. Ein weiterer Schwerpunkt sollen die Ermittlungen im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen in Köln (Keupstraße) vom 19. Januar 2001 und vom 9. Juni 2004 sowie dem Mordanschlag vom 4. April 2006 in Dortmund sein. Die Verbrechen werden nach heutigem Kenntnisstand dem „NSU“ zugeschrieben.

Kunstverkauf in der Kritik

5.11.2014 – Keine Mehrheit fanden Anträge von FDP ([Drs. 16/7169](#)) und PIRATEN ([Drs. 16/7063](#), [Drs. 16/7241](#)) zum Schutz von Kunstwerken in öffentlichem Eigentum. Anlass war die Versteigerung von Kunstwerken durch den Casinobetreiber Westspiel, der über die NRW. Bank letztendlich dem Land Nordrhein-Westfalen gehört. Die PIRATEN strebten einen stärkeren Schutz der kulturellen Werte an, gleich ob die Kunstschaffenden aus NRW stammten oder nicht. Die FDP sprach von einem „kulturellen Dammbreach“. Mit dem Erlös sollten die Verluste der landeseigenen Casinos ausgeglichen und der Bau einer neuen Spielbank finanziert werden. Die SPD hielt dagegen, es sei zwar außergewöhnlich, aber nicht unrechtmäßig, zwecks Beschaffung von Investitionskapital Kunstwerke zu veräußern; dies müsse aber die Ausnahme bleiben. Die jetzt betroffenen Warhol-Werke hätten überdies mit NRW nicht zu tun. Man dürfe künstlerische Identität nicht nur über Heimatkunst definieren, entgegnete darauf die CDU. Sie forderte neue Regelungen für den Umgang mit Kunst, damit sich das, was nun passiere, nicht wiederhole. Die GRÜNEN begrüßten die Ankündigung der Kulturministerin, zu einem „Runden Tisch“ einzuladen, um die Lage zu erfassen. Im Übrigen werde man dem Verkauf von Kunstwerken aus Landdessammlungen und Museen nicht zustimmen.

Foto: Schälte

Regierung will aktivierenden Strafvollzug

Neues Gesetz soll im Dezember beschlossen werden

Der Schutz von Leib und Leben ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Daraus ergeben sich das Gewaltmonopol und die Verpflichtung, Unrecht zu ahnden. In der Bundesrepublik Deutschland lag bis zum Jahr 2006 die Regelung des Strafvollzugs in der alleinigen Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Das änderte sich mit der Föderalismusreform I, die den Ländern die Möglichkeit gab, beim Strafvollzug eigene landesrechtliche Regeln zu beschließen.

Das Land Nordrhein-Westfalen geht diese Aufgabe Schritt für Schritt an. So wurden zunächst für den Jugendstrafvollzug sowie für den Jugendarrestvollzug eigene Landesgesetze erlassen. Im letzten Jahr folgte dann die Sicherungsverwahrung. Nunmehr hat die Landesregierung den Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes vorgelegt ([Drs.16/5413](#)). Die Beratungen im zuständigen Rechtsausschuss laufen (siehe auch Seite 13); die zweite und damit endgültige Lesung im Plenum soll noch dieses Jahr erfolgen.

Dem Regierungsentwurf vorausgegangen war ein eigener Vorschlag der CDU ([Drs.16/4155](#)). Beide sprechen gleiche Punkte an, unterscheiden sich aber in ihren Antworten.

RESOZIALISIERUNG ALS ZIEL

Ihr Ansatz beruhe auf dem Gedanken eines „aktivierenden Strafvollzugs“, schreibt die rot-grüne Regierung. Auf der Grundlage einer „sorgfältigen Diagnostik“, einer „individuell zugeschnittenen Behandlung“ und einer auf „Motivierung gerichteten Vollzugsplanung“ möchte sie das „Fördern und Fordern“ in den Mittelpunkt stellen. Während des Strafvollzugs soll also schon an die Zeit danach gedacht – und auf sie hingearbeitet werden. Konkret heißt das: Um soziale Kontakte zu erhalten, will man zum Beispiel die Regelbesuchszeit der Gefangenen auf zwei Stunden im Monat erhöhen. Für den Besuch minderjähriger Kinder sollen zwei weitere Stunden in Anspruch genommen werden können.

Einen möglichst großen Stellenwert soll in der Praxis auch der offene Strafvollzug erhalten. Er wird zwar nicht als Regelvollzugsform definiert, aber inhaltliche Vorgaben sollen gewährleisten, dass er auch tatsächlich angewandt wird. Erweitert werden soll der Kreis der Straftäter, die zur Sozialtherapie zugelassen werden. Damit will man eine zu starke Einengung der Vorschriften auf Sexualstraftaten vermeiden. Daneben will man zur Betreuung ehemaliger Gefangener sozialtherapeutische Nachsorgeambulanzen einrichten. Dieses Angebot soll auch dem „bestmöglichen Schutz der Bevölkerung“ dienen.

Der Entwurf will ebenfalls die Bestimmungen zur schulischen beziehungsweise beruflichen Bildung, der Vergütung von Arbeit sowie der Gesundheitsfürsorge neu ordnen. Ein wichtiger Punkt ist die Neudefinition von Disziplinarmaßnahmen. Diese sollen künftig nicht allein einen strafenden, sondern auch einen pädagogischen Effekt haben. Mit Blick auf die gewünschte Resozialisierung der Gefangenen sieht der Regierungsentwurf erweiterte Regelungen zur Entlassungsvorbereitung sowie zum sogenannten Übergangsmanagement vor. Darin wird die Zusammenarbeit der Justizvollzugsanstalten (JVA) mit öffentlichen Stellen, freien Trägern und anderen Organisationen, die der Wiedereingliederung der Gefangenen förderlich sein könnten, betont.

Zu nennen ist auch die Hervorhebung des Opferschutzes im geplanten Landesrecht. Dieser umfasst zum Beispiel den Schutz von opfer-

relevanten Daten sowie die Erteilung von Auskünften an Opfer.

Im Gegensatz zur Regierung betont die CDU in ihrem Antrag, die Eingliederung der Gefangenen und die Sicherheit der Allgemeinheit seien gleichrangige Aufgaben des Strafvollzugs. So sollen für sogenannte vollzugsöffnende Maßnahmen strenge Prüfmaßstäbe gelten. Arbeit sei das zentrale Mittel der Eingliederung, so die CDU. Gefangene sollen an ihrer Eingliederung aktiv mitarbeiten. Der Antrag der CDU sieht vor, dass Vorschriften zum Schutz der Anstalten, der Gefangenen und der Bediensteten ein „Höchstmaß an Sicherheit und Ordnung“ gewährleisten sollen.

MEHR STELLEN

Der von der Landesregierung angestrebte Ansatz im Strafvollzug bedeutet mehr Arbeit. Daher wurden bereits im Landshaushalt 2011 vor allem für die psychologischen und sozialen Fachdienste 50 neue Stellen eingerichtet. Jetzt sollen in der Sozialtherapie 63 sowie für Behandlungsuntersuchungen weitere 47 neue Stellen geschaffen beziehungsweise vorhandene umgewandelt werden. Hinzu kommen 16 zusätzliche Stellen im Bereich des erhöhten Besuchskontingents und neun für die sozialtherapeutischen Nachsorgeambulanzen. Für die insgesamt 135 neuen Stellen rechnet die Landesregierung mit Mehrkosten von 4,8 Millionen Euro im Jahr, hinzu kommen rund 450.000 Euro für Sachmittel. *cw*

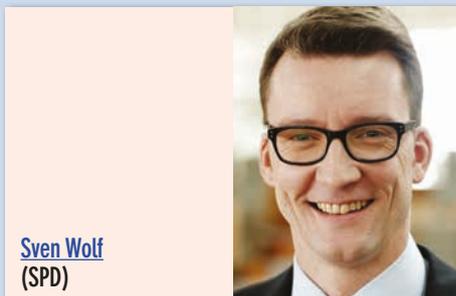
Foto: Schälte



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Das sagen die Fraktionen zum Schwerpunktthema.



Der Strafvollzug soll strafen, aber die Gefangenen gleichzeitig auch auf ein straffreies „Leben danach“ vorbereiten.

Wiedereingliederung gelingt am besten ...

..., wenn die Gefangenen von Anfang an auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Dem Gesetzentwurf der Landesregierung liegt daher der Gedanke eines „aktivierenden Strafvollzugs“ zugrunde. Der Vollzug der Freiheitsstrafe beruht also auf Basis einer sorgfältigen Diagnostik und einer individuell zugeschnittenen Behandlung. Die Gefangenen sollen befähigt werden, ein Leben ohne Straftaten führen zu können.

..., wenn Verurteilte die Gelegenheit haben, sich mit ihrer Tat und den Folgen für das Opfer auseinandersetzen zu können. Während der Haft muss eine optimale Vorbereitung auf das Leben in Freiheit stattfinden. Hierzu gehört, dass die Gefangenen rechtzeitig und intensiv bei Behördengängen, Arbeitsplatzsuche, Wohnungssuche etc. unterstützt und wenn erforderlich auch entsprechend geschult werden.

Der offene Strafvollzug ...

... und vollzugsöffnende Maßnahmen haben einen hohen Stellenwert, wenn es darum geht, die Gefangenen fit zu machen für ein selbstständiges straffreies Leben. Zwingend ist es daher für mich, dass Strafgefangene vor der Entlassung Schritt für Schritt über den offenen Vollzug wiedereingegliedert werden.

... spielt in der nordrhein-westfälischen Vollzugspraxis keine große Rolle. Er soll tatsächlich erst in der letzten Phase der Haft im Rahmen der Entlassungsvorbereitung als Lockerung gewährt werden. Vollzugsöffnende Maßnahmen sind kein Selbstzweck, sondern am Eingliederungsauftrag zu orientieren. Gesichtspunkte des Opferschutzes sind bei der Gewährung von vollzugsöffnenden Maßnahmen jederzeit mit zu berücksichtigen.

Die Sicherheit der Allgemeinheit ...

... ist auch ein wichtiger Aspekt des Strafvollzugs, aber nicht der alleinige. Denn ich bin mir sicher, wenn uns eine gute Wiedereingliederung gelingt und wir verhindern, dass Taten wiederholt werden, so ist dies der beste Schutz der Allgemeinheit und der Opfer.

... steht mindestens auf gleicher Stufe wie der Wiedereingliederungsanspruch der Verurteilten. Moderne Sicherungsmittel wie die Fußfessel, Videoüberwachung etc. müssen daher in angemessenem Umfang eingesetzt werden, um dem Schutz der Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Eingliederung und Sicherheit der Allgemeinheit sind beides tragende und selbstständige Elemente des Strafvollzugs.

Opferschutz bedeutet für mich ...

..., die Interessen von Geschädigten und Betroffenen auch im Strafvollzug zu berücksichtigen. Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung setzen wir ein Zeichen und haben eine Regelung zur opferbezogenen Gestaltung des Vollzugs bereits in den Grundsätzen aufgenommen. Gerade familiäre Opfer haben ein Recht darauf, dass ihre Interessen bei der Vollzugsgestaltung berücksichtigt und sie über Freigänge des Täters informiert werden.

..., dass Opfern Hilfe angeboten werden muss bei der Bewältigung der Tatfolgen und bei der Geltendmachung von Schadensersatz. Opfer haben das Recht zu erfahren, wann der Täter wieder auf freien Fuß kommt. Letztlich verhindert ein stringenter Strafvollzug mit optimaler Wiedereingliederung, dass es weitere Opfer gibt.



Diesmal zum Strafvollzug.



Dagmar Hanses
(GRÜNE)

... durch effektives und frühzeitiges Übergangsmanagement. Nur so können sich Strafgefangene wirklich eine neue Existenz ohne erneute Straftaten aufbauen. Voraussetzungen sind das Erlernen neuer Handlungsstrategien, eine gute fachliche Betreuung und der Zugang zur Sozialtherapie für mehr Gefangene als vorher. Am sinnvollsten ist eine Haftvermeidung, wo immer sie möglich und geboten ist.

... hat in NRW einen hohen Stellenwert. Besonders durch offenen Strafvollzug ist eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft möglich. Wichtig sind soziale Kontakte, die für das „Leben danach“ Anker und Anlaufstelle sind. Durch eine Arbeitsmöglichkeit fassen Gefangene wieder Fuß im Leben. Das bietet eine stabile Grundlage für die Zeit nach der Haft und einen Neustart.

... wird nicht allein durch Wegsperrern erreicht. Strafvollzug muss vor allem der Resozialisierung dienen. Dies ist ein wegweisender Paradigmenwechsel. Strafgefangene müssen ihre Tat und ihr weiteres Handeln reflektieren, um Wiederholungen vermeiden. Sie lernen in der Haft oft zum ersten Mal andere Handlungsstrategien als Kriminalität kennen. Wir GRÜNEN bekennen uns daher klar zum aktivierenden Behandlungsvollzug.

..., dass sich die Opfer von Straftaten nicht wie in der Vergangenheit alleingelassen fühlen! Sie brauchen Informationsrechte über Freigänge, zur Entlassung oder wohin Täter ziehen, aber auch über die Vermögensverhältnisse, um Schadensersatzansprüche auch noch nachträglich durchzusetzen. Umgekehrt gehören Opferdaten konsequent geschützt. Dafür soll es in jeder JVA eine feste Ansprechperson geben.



Dirk Wedel
(FDP)

... neben der Stabilisierung familiärer Beziehungen, mit einem beschäftigungsorientierten Übergangsmanagement für Gefangene und Haftentlassene, mit dem bereits aus der Haft heraus wichtige Kontakte beispielsweise zum Jobcenter geknüpft werden. Durch eine Vermittlung in stabile Wohn- und Lebensverhältnisse, Arbeit oder Ausbildung wird das Rückfallrisiko erheblich geringer.

... hat sich bewährt und steht zu Recht gleichrangig neben dem geschlossenen Vollzug. Mit seiner Öffnung nach außen bietet er die besten Voraussetzungen für eine an den Lebensverhältnissen in Freiheit orientierte Vollzugsgestaltung, beispielsweise durch Arbeit außerhalb der Anstalt. Er ist damit in besonderer Weise dazu geeignet, den Übergang von Gefangenen in die Freiheit zu erleichtern.

... ist ein wichtiges Ziel des Justizvollzugs. Zum Schutz vor weiteren Straftaten bedarf es zum einen baulicher, technischer und organisatorischer Sicherungsmaßnahmen der Anstalten; zum anderen vor allem auch umfangreicher Behandlungsangebote für die Gefangenen, mit denen diese angehalten werden sollen, ein strafrechtes Leben nach der Entlassung zu führen, und die damit der Resozialisierung dienen.

..., dass Opfer von Straftaten und ihre Angehörigen nicht mit den Folgen der Tat alleingelassen werden, sondern konkrete Hilfsangebote erhalten. Dabei ist die Arbeit von ehrenamtlichen Organisationen wie dem WEISSEN RING zu stärken. Modelle von Opferschutzstiftungen aus verschiedenen Bundesländern sollten auch für NRW geprüft werden. Justizpolitik muss opfer- und täterorientiert denken.



Dietmar Schulz
(PIRATEN)

..., wenn soziale Belange im Vollzug Berücksichtigung finden. Unsere Vorschläge hierzu: längere Besuchszeiten für Kinder inhaftierter Eltern auch an Wochenenden zur Sicherung des Umgangsrechts, Installation von Kinderbeauftragten im Gefängnis, Fernstudium, Mediation vor Disziplinarmaßnahmen, Akteneinsichtsrecht, Schusswaffenverbot für Bedienstete. Hier besteht noch gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

... ist bei uns noch nicht so weit gediehen wie in anderen Ländern, wie z.B. in Schweden. Er war im Rechtsausschuss Thema des Symposiums „Vollzug in freien Formen“. Eine weitere Öffnung des Vollzugs ist wünschenswert. Wir haben mit einem Gesetzesänderungsvorschlag nachdrücklich auf die Diskriminierung lebenslanglich Inhaftierter hingewiesen, die erst nach fünf Jahren Haft Langzeitausgang bekommen.

... ist mit den Rechten der Gefangenen in Einklang zu bringen. Schriftwechsel mit Gerichten sollte nicht nur für das Verfassungsgericht von Kontrolle freigestellt sein, sondern für sämtliche Gerichte. Nur der unbehelligte Gefangene wird seine rechtlichen Interessen auszuschöpfen wagen. Dieses Recht bedeutet Garantie effektiven Rechtsschutzes für Inhaftierte und damit Rechtsstaatlichkeit im Gefängnis.

... ein anhand gesetzlicher Kriterien scharf konzentrierter Opferbegriff. Die Kriterien hierfür müssen weiter ausgestaltet und verbessert werden, zumal der kriminologische Opferbegriff in der Wissenschaft heftig umstritten ist. Er kann Schutz, aber auch Stigmatisierung sein. Kein Opferschutz gegen die Interessen des Opfers! Die künftige Rechtsanwendung wird hier Tendenzen und Handlungsbedarf aufzeigen.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/7383	Änderung des Landesjagdgesetzes und anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 4.12.2014
16/7147	Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, SPD/GRÜNE	Haushalts- und Finanzausschuss	Ausschuss 2. bzw. 11.12., Plenum 17./18.12.2014
16/7091	16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Änderung Landesmediengesetz, LR	Hauptausschuss	Ausschuss 11.12.2014 Plenum 17./18.12.2014
16/7090	Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes, LR	Schulausschuss	2. Lesung 3.12.2014
16/7089	Änderung des Markscheidergesetzes, LR	Wirtschaftsausschuss	2. Lesung 4.12.2014
16/6866	Stärkung des Regionalverbands Ruhr, LR	Kommunalausschuss	Anhörung 16.12.2014
16/6865	Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 3.12.2014
16/6752	Änderung des Baukammergesetzes, LR	Bauausschuss	2. Lesung 3.12.2014
16/6689	Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge, LR	Innenausschuss	Ausschuss 11.12.2014, Plenum 17./18.12.2014
16/6637	Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung, LR	Kulturausschuss	in Beratung
16/6502	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2./3. Lesung 3./17.12.2014
16/6500 16/6710	Feststellung des Haushaltsplans, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2./3. Lesung 3./17.12.2014
16/6636	Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, LR	Sozialausschuss	Ausschuss 10.12.2014, Plenum 17./18.12.2014
16/6635	Tierseuchengesetz und Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 3.12.2014
16/6634	Schutz personenbezogener Daten, LR	Innenausschuss	Sachverständigengespräch 26.2.2015

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/6224	Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern etc., LR	Familienausschuss	in Beratung
16/6131	Ausführung des Baugesetzbuches, CDU	Bauausschuss	Ausschuss 11.12.2014, Plenum 17./18.12.2014
16/6125	12. Änderung Abgeordnetengesetz (Mitarbeiterpauschale), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	Ausschuss 11.12.2014, Plenum 17./18.12.2014
16/6095	Schwangerschaftskonfliktgesetz, LR	Familienausschuss	2. Lesung 3.12.2014
16/6092	Finanzielle Beteiligung der Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern, LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/6091	Änderung der Gemeindeordnung, LR	Kommunalausschuss	in Beratung
16/6090	Kommunale Gemeinschaftsarbeit, LR	Kommunalausschuss	in Beratung
16/6089	Änderung des Landesbeamten- bzw. Justizgesetzes, LR	Innenausschuss	2. Lesung 4.12.2014
16/6088	Änderung des Rettungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	Ausschuss Dezember Plenum 17./18.12.2014
16/5743	Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 13.3.2015
16/5474	Partizipation auf Kommunalebene, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 13.5.2015
16/5413	Vollzug der Freiheitsstrafe, Jugendstrafvollzugsgesetz, LR	Rechtsausschuss	in Beratung
16/5412	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	in Beratung
16/5038	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Innenausschuss	in Beratung
16/4824	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 4.12.2014
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	in Beratung
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/6700	Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan	Landesregierung	2./3. Lesung 5./6.11.2014	angenommen
16/6688	Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz	Landesregierung	1. Lesung 10.9.2014 2. Lesung 5.11.2014	angenommen
16/4819	Ausbau des Kinderschutzes	CDU/FDP/PIRATEN	1. Lesung 29.1.2014 2. Lesung 6.11.2014	abgelehnt

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



Landesrecht für Strafhafte bedingt Landesrecht für Abschiebehafte

Ausschuss verschiebt Abstimmung über Strafvollzugsgesetz

26. November 2014 – Das Strafvollzugsgesetz war zentrales Thema der Sitzung des Rechtsausschusses. Aus aktuellen Gründen wurde die Debatte jedoch um den Aspekt „Abschiebehafte“ erweitert. Als Folge wurde die geplante Beschlussfassung über die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe zur Strafhafte auf die nächste Sitzung verschoben.

Dem Ausschuss lagen für den Strafvollzug sowohl ein Entwurf der Landesregierung ([Drucksache 16/5413](#)) als auch der CDU ([Drucksache 16/4155](#)) vor. Eigentlich war vorgesehen, dass in dieser Ausschusssitzung über beide Entwürfe abschließend beraten und abgestimmt wird, da das Plenum in der ersten Dezemberwoche hierüber endgültig befinden sollte.

VERZÄHNUNG STRAFHAFT – ABSCHIEBEHAFT

In der Sitzung bat die Landesregierung allerdings darum, die abschließende Beratung des Entwurfs zu verschieben. Hintergrund ist die Notwendigkeit, auch für den Vollzug der Abschiebehafte eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen. Denn wenn Nordrhein-Westfalen für die Strafhafte Landesrecht schaffe, müsse auch für die Abschiebehafte Landesrecht geschaffen werden. Für beide Sachverhalte gilt bislang Bundesrecht; regelt das Land gemäß der Föderalismusreform den einen Bereich, muss es auch Bestimmungen für den anderen treffen.

Auslöser dafür sind die Pläne der Landesregierung, die Justizvollzugsanstalt Büren zügig zu räumen und die Liegenschaft dem Ministerium für Inneres und Kommunales zum Zwecke der Vollstreckung der Abschiebehafte zur Verfügung zu stellen. [Minister Thomas Kutschay](#) (SPD) teilte dem Ausschuss mit, dass sich das

Justizministerium und das Ministerium für Inneres und Kommunales hierüber geeinigt hätten.

SICHERE RECHTSGRUNDLAGE

Mit Blick auf diese Übereinkunft betonten die Fraktionen, dass sie es für wichtig erachteten, dass auch für den Vollzug der Abschiebehafte eine sichere Rechtsgrundlage bestehe. Um hier eine schnelle Lösung zu erreichen, beschlossen sie, diese Frage im Zusammenhang mit der Debatte über das geplante neue Strafvollzugsgesetz zu erörtern. Die CDU erklärte, auch ihren Gesetzentwurf zum Strafvollzug so lange zurückzustellen.

[Dagmar Hanses](#) (GRÜNE) betonte, dass der Vollzug von Abschiebehafte etwas gänzlich anderes sei als Strafhafte. Für diese habe man jetzt aus ihrer Sicht einen guten Gesetzentwurf seitens der Landesregierung, der aber nicht 1:1 auf die spezielle Situation der Abschiebehafte übertragen werden könne.

[Sven Wolf](#) (SPD) hob hervor, dass er die Ausführungen des Ministers nachvollziehen könne. Er halte insbesondere den Standort Büren für geeignet. Um größtmögliche Rechtssicherheit zu schaffen, könne man den guten Gesetzentwurf der Landesregierung jetzt nicht einfach beschließen.

[Dirk Wedel](#) (FDP) hatte einige Fragen zu dem beabsichtigten Vorgehen. Beim Entwurf des Strafvollzugsgesetzes gehe es um Strafhafte. Auch hier warte die Praxis auf einen Beschluss des Gesetzes. Seines Erachtens sei die Neuregelung der Abschiebehafte keine Angelegenheit der Justiz mehr. Er sei gespannt, was die regierungstragenden Fraktionen nunmehr vorlegen werden.

Das Thema und beide Gesetzentwürfe sollen in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses am 10. Dezember 2014 erneut beraten werden. Wenn möglich wird eine Beschlussfassung im Plenum noch in diesem Jahr anvisiert.

Föderalismusreform

Das Recht, Gesetze zu erlassen, haben in der Bundesrepublik Deutschland der Bund und alle 16 Länder. Immer mehr vom Bund verabschiedete Gesetze sind von der Zustimmung der Länder abhängig. Dies führt zu teils langwierigen Entscheidungsprozessen. Daher wurden in zwei Föderalismusreformen (in den Jahren 2006 und 2009) Gesetzgebungskompetenzen klarer verteilt und auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geregelt.

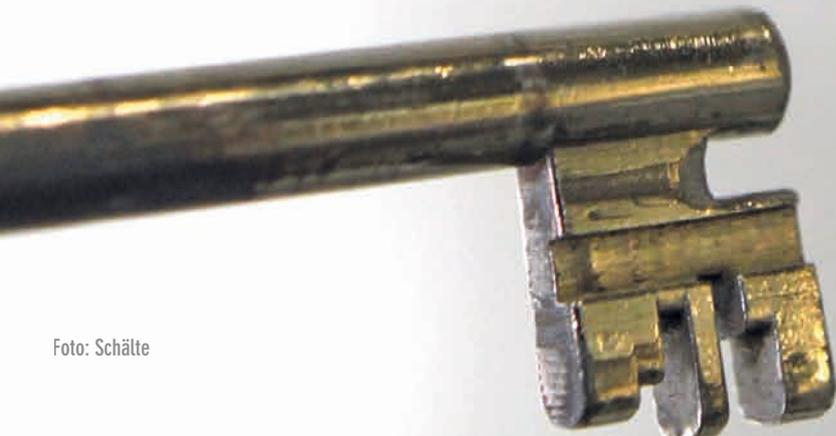


Foto: Schälte



Foto: Schälte

MELDUNGEN

Anhörung zur Flüchtlingspolitik

20.11.2014 – Kommunen brauchen mehr Geld, um Flüchtlinge angemessen unterbringen und betreuen zu können. Das betonten Experten während einer Anhörung im Integrationsausschuss. Hintergrund waren Anträge der FDP ([Drs. 16/6679](#) und [16/7165](#)) sowie der PIRATEN ([Drs. 16/7152](#)). Die Landeszuweisung decke im Durchschnitt lediglich die Hälfte der tatsächlich anfallenden Kosten, sagte Dr. Manfred Wichmann (Städte- und Gemeindebund NRW). Hinzu kämen „überbordende Krankheitskosten“. Für den Härtefallfonds, aus dem Behandlungskosten schwerkranker Flüchtlinge gezahlt werden, seien 3 Millionen Euro für ganz NRW vorgesehen – allein in Essen seien in diesem Jahr bei drei Fällen aber bereits Kosten in Höhe von insgesamt 440.000 Euro angefallen, berichtete Peter Renzel (Beigeordneter der Stadt Essen).

Mehr Plätze für Asylbewerber

20.11.2014 – Der Innenausschuss hat sich erneut mit den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und der Situation in den Unterkünften beschäftigt. Nach Angaben von [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) stehen derzeit rund 6.200 Plätze zur Verfügung, die mit 6.400 Menschen belegt sind (Stand: 14. November 2014). Laut Jäger kamen in diesem Jahr bis einschließlich Oktober 31.352 Erst-Antragsteller nach NRW. Bis Ende des Jahres werde mit rund 40.000 gerechnet. Die Gesamtkapazität der Regeleinrichtungen sei um 580 Plätze erhöht worden. In der kurzfristigen Planung bis Ende 2014 sei die Schaffung rund 2.000 weiterer Plätze vorgesehen. Angestrebt würden insgesamt 10.000 Unterbringungsplätze in Landeseinrichtungen. Als verbindliche Vorgaben für den Betrieb einer Einrichtung im Regelbetrieb (länger als drei Monate) sollen die Qualitätsstandards der Zentralen Unterbringungseinrichtungen Hemer und Schöppingen gelten.

Fraktionen würdigen das Kleingartenwesen

19.11.2014 – Das Kleingartenwesen bringt eine Erhöhung der Lebensqualität. Über diese Aussage eines CDU-Antrags waren sich im Umweltausschuss alle Fraktionen einig. Kleingärtner trügen durch selbst gezogenes frisches Obst und Gemüse zu einer gesunden und abwechslungsreichen Ernährung bei, förderten durch neu geschaffene Lebensräume die Artenvielfalt und



Illustration: Peter Flock

böten wichtige Erholungsbereiche, so der CDU-Antrag ([Drs. 16/7154](#)) weiter. Trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit den anderen Fraktionen hinsichtlich der Bedeutung des Kleingartenwesens fanden Forderungen der CDU, den jährlichen Förderbetrag in diesem Bereich mittelfristig von derzeit 487.200 Euro auf 500.000 Euro aufzustocken, im Ausschuss keine Mehrheit. Mit Blick auf die Forderung, die Förderung dauerhaft festzuschreiben, verwiesen Vertreter der Regierungsfractionen auf die Notwendigkeiten, die die Haushaltskonsolidierung mit sich bringe.

Hooligan-Krawalle Thema im Innenausschuss

20.11.2014 – „Mit dem Wissen von heute hätten wir mehr Beamte eingesetzt“, sagte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) im Innenausschuss, der die Krawalle bei der Demonstration „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober in Köln erörterte. Der Einsatz sei kein Erfolg gewesen, erklärte Jäger. Dies sei aber nicht auf eine Fehleinschätzung der

Polizei zurückzuführen. Nach damaligem Kenntnisstand seien 1.300 Einsatzkräfte angemessen gewesen. Vorausgegangen seien Anfragen bei den Polizeibehörden aller Bundesländer, bei der Bundespolizei und dem Verfassungsschutz. Eine 36-köpfige Ermittlungsgruppe habe mittlerweile 134 Verfahren eingeleitet und 78 Tatverdächtige identifiziert, berichtete Polizeinspekteur Dieter Wehe. Unter ihnen seien sieben Straftäter aus dem rechten Spektrum, acht politisch motivierte Straftäter, acht sogenannte Gewalttäter Sport und 14 weitere Gewalttäter. Die Übrigen seien polizeilich bislang nicht aufgefallen. Die Opposition gab sich mit den Berichten nicht zufrieden. Hauptkritik: Die Lage sei falsch eingeschätzt und es sei zu wenig Polizei eingesetzt worden.

Prostitution: Ergebnisse des Runden Tisches

26.11.2014 – Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation hat sich mit den Ergebnissen des Runden Tisches zum Thema Prostitution beschäftigt. Die Einrichtung des Gremiums war im Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN vereinbart worden, um ein Handlungskonzept für landesrechtliche Anpassungen des Prostitutionsgesetzes zu erarbeiten. Der Runde Tisch mit rund 70 Experten aus Wissenschaft und Praxis habe seit Januar 2011 insgesamt 14 Mal getagt, so die Landesregierung. Dabei habe man von verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen bei Prostituierten abgeraten. Solche Untersuchungen erzeugten aufgrund möglicher Inkubationszeiten eine Scheinsicherheit und könnten zu ungeschützten Sexualkontakten motivieren. Zudem stelle eine Pflichtuntersuchung eine Grundrechtsverletzung dar. Von einer gesetzlichen Kondompflicht hielt der Runde Tisch ebenfalls nichts – Kontrollen seien kaum möglich. Sinnvoller seien Gesundheitsberatungen, ein Verbot von Werbung für Sex ohne Kondom sowie die Verpflichtung, in den Etablissements Kondome auszulegen.



Die Abstiegs spirale

Experten: Zahl der von Wohnungslosigkeit Bedrohten steigt

Laut der [Studie](#), die im Auftrag des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums erstellt wurde, nahm die Zahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte in den Jahren 2007 bis 2012 landesweit um 10 Prozent zu. Im Jahr 2012 waren demnach insgesamt rund 53.000 Haushalte von Wohnungslosigkeit bedroht, wie Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat, einer der beiden Autoren der Untersuchung, erläuterte – und damit mindestens 90.000 bis 100.000 Menschen. Die höchsten Zuwächse verzeichneten dabei die mittelgroßen Städte in Nordrhein-Westfalen mit 25.000 bis 100.000 Einwohnern. Das Problem ist allerdings weiterhin am größten in den kreisfreien Städten des Landes an Rhein und Ruhr, angeführt von Gelsenkirchen und Dortmund.

Fast 60 Prozent der Betroffenen sind Alleinstehende ohne Kinder, wobei Männer viel häufiger betroffen sind als Frauen, wie Mitautor Dr. Volker Busch-Geertsema betonte. Gegenüber ihrem Anteil an der Bevölkerung seien neben den alleinstehenden Männern insbesondere alleinerziehende Frauen „deutlich überrepräsentiert“. Der Anteil der Haushalte mit Migrationshintergrund entspreche dagegen in etwa dem Bevölkerungsanteil von Zuwanderern.

PROBLEM: MIETSCHULDEN

Das Gros aller von Wohnungslosigkeit Bedrohten ist laut der GISS-Studie zwischen 25 und 60 Jahre alt. Die meisten davon bezögen Hartz IV; rund 10 Prozent verfügten dagegen über ein Erwerbseinkommen. Unmittelbarer Anlass für den drohenden Verlust der Wohnung in fast 90 Prozent der Fälle: Mietschulden. Die Studie ergab zudem, dass sozial und wirtschaftlich benachteiligte Haushalte „in erheblichem Umfang“ von Energieschulden und in der Folge von Lieferstopps betroffen seien. Besonders hart treffe es Empfänger von Hartz IV und Grundsicherung, da der in den Regelsätzen für Haushaltsenergie vorgesehene Anteil die tatsächlichen Kosten nicht decke.

Als „relativ besorgniserregend“ bezeichnete Busch-Geertsema, dass man bei der Erstellung der Studie einen „überraschend“ hohen Anteil von Menschen unter 25 Jahren an den von Wohnungslosigkeit Bedrohten ermittelt habe. Hier gebe es Handlungsbedarf, denn ihre Zahl steige. Bei dieser Gruppe eskalieren laut der Studie häufig Konflikte im Elternhaus, so dass die jungen Menschen ihr Zuhause verlassen. Die

20. November 2014 – Der drohende Verlust der Wohnung wird für eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen zum Problem. Dies geht aus einer Studie der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) Bremen hervor, die den Mitgliedern des Landtags-Sozialausschusses vorgestellt wurde. Demnach sind vor allem alleinstehende Männer von Wohnungslosigkeit bedroht. Überraschend hoch sei auch der Anteil von jungen Menschen unter 25 Jahren.

Foto: Schälte

zuständigen Präventionsstellen erhielten aber in den meisten Fällen gar keine Kenntnis von den Problemen, weil die Betroffenen zunächst bei wechselnden Bekannten oder Freunden unterkämen. Das System der öffentlichen Hilfe greife in der Regel erst dann, wenn die Personen tatsächlich wohnungslos seien. Hier seien „neue Wege“ nötig, um frühzeitig intervenieren und helfen zu können.

Um Wohnungslosigkeit vermeiden zu können, empfehlen die beiden Forscher insbesondere ein koordiniertes Vorgehen von Kommunen, Jobcentern, Freien Trägern der Wohlfahrtspflege und der Wohnungswirtschaft. Wichtig sei auch die Information: Laut der Studie erhalten die zuständigen Stellen nur bei etwas weniger als der Hälfte der Fälle frühzeitig

Kenntnis von bedrohten Wohnverhältnissen. Bei der Mehrheit geschehe dies erst, wenn die Mitteilungspflichten von Amtsgerichten und Gerichtsvollziehern griffen.

Für die Studie hatten die beiden Autoren Städte und Gemeinden, Jobcenter und Fachberatungsstellen der Freien Träger in Nordrhein-Westfalen befragt. Ergänzt worden sei dies durch vertiefende Fallstudien zum Umgang mit der Problematik in 13 ausgewählten Orten. Hintergrund der Studie waren den weiteren Angaben zufolge die bislang nur geringen Kenntnisse über die Anzahl und Zusammensetzung der von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte sowie über die Art und den Umfang präventiver Hilfen.

Wibke Busch



Aus den Fraktionen

„Wir dürfen jetzt nicht überhastet zum Abitur nach 13 Jahren zurückkehren“

In Nordrhein-Westfalen wird derzeit über den geänderten Schulalltag durch die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre diskutiert. An einem Runden Tisch ließ das Schulministerium prüfen, ob der Konsens von Schulen, Wirtschaft, Schülern und Eltern noch hält. Inzwischen liegt die Abschlussempfehlung vor. Der Runde Tisch stimmte mehrheitlich gegen die Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit. „Eines haben wir aus der Einführung von G9 zu G8 gelernt: Sie war zu hastig. Wir wollen keine Rolle rückwärts mit neuen Fehlern machen“, kommentiert Eva-Maria Voigt-Küppers, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag. „Deswe-



Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD)

gen ist es wichtig, den gymnasialen Bildungsgang jetzt noch einmal genau ins Visier zu nehmen. Viele Schülerinnen und Schüler und auch Eltern beklagen die zu hohen Belastungen. Diese resultieren aus dem Stundenplan und dem Nachmittagsunterricht. Diese Beschwerden nehmen wir ernst. Deshalb betrachten wir die zehn Handlungsempfehlungen des Runden Tisches als positive Impulse.“

Unter anderem sollen die Hausaufgaben besser in den Unterricht integriert werden und mehr der individuellen Förderung dienen. Der Nachmittagsunterricht soll reduziert werden und dadurch soll es möglich sein, die Freizeit individueller zu gestalten. „Da-

durch erhoffen wir uns weniger Stress für Schülerinnen und Schüler und mehr Möglichkeiten, ihre Persönlichkeit zu entfalten“, sagt Eva-Maria Voigt-Küppers.

Die SPD wird die Beschlüsse des Runden Tisches nochmals ausführlich diskutieren und prüfen, ob sie eine Lösung für die genannten Probleme bieten. „Wichtig sind vor allem eine sorgfältige Kontrolle und Evaluation bei der Umsetzung. Wir streben die abschließende Debatte noch für das letzte Dezember-Plenum im Landtag an, um zügig eine Verbesserung der jetzigen Situation der Schülerinnen und Schüler zu erreichen“, so Eva-Maria Voigt-Küppers.



Ex-Pirat Robert Stein tritt der CDU-Landtagsfraktion bei

Mit viel Beifall ist der „Neuzugang“ Robert Stein am 18. November in der CDU-Landtagsfraktion aufgenommen worden. „Er passt zu uns – fachlich wie menschlich“, ist sich CDU-Fraktionschef Armin Laschet sicher. „Robert Stein ist eine willkommene Verstärkung für unsere Fraktion“, die damit auf 68 Abgeordnete

angewachsen ist. Auch CDU-Fraktionskollege und Kreisvorsitzender der CDU Hamm, Oskar Burkert, weiß über den 35-jährigen Ex-Piraten nur Positives zu berichten: „Das Einvernehmen mit Herrn Stein war seit seinem Einzug in den Landtag sehr gut.“ Burkert freue sich auch über den Gewinn für die CDU Hamm, der Stein mittlerweile ebenfalls angehört.

„Ich werde meine neuen Aufgaben mit viel Motivation und Engagement angehen“, betonte Stein im Anschluss an seine erste CDU-Fraktionssitzung vor Journalisten der Landespresskonferenz. Er empfinde die Zusammenarbeit in der CDU-Fraktion als konstruktiv und menschlich.

Der dreifache Familienvater wurde 1979 in Hamm geboren. Nach dem Abitur studierte er an der Universität Göttingen sowie an der

University of Nottingham Economics und International Economics und ist heute Inhaber eines Start-up-Unternehmens der medizinischen Dienstleistungsbranche. Im Mai 2012 zog Stein als Mitglied der Piratenpartei über die Landesliste in den Landtag ein. Im September 2013 trat er wegen inhaltlicher Differenzen aus der Piratenfraktion aus und war seitdem fraktionsloses Mitglied des Landtags. Bereits seit Ende Januar 2014 nahm er regelmäßig an Sitzungen des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen der CDU-Landtagsfraktion teil.



Foto: Zierhut





Das neue Jagdgesetz – modern, ökologisch und tiergerecht

Der Gesetzentwurf für ein neues ökologisches Jagdrecht hat den Landtag erreicht. Dies ist ein wichtiger Schritt, damit sich die Jagd in Nordrhein-Westfalen zukünftig stärker an den Belangen von Ökologie und Tierschutz orientiert. Eine Novellierung war zum einen notwendig geworden, weil unsere Wälder teilweise unter überhöhten Wildbeständen leiden. Wo zu wenig gejagt wird, kommt es zu erheblichen Waldschäden durch Verbiss und Abschalen. Das neue Jagdrecht schützt den Wald und damit den Aufbau nachhaltiger, vielfältiger Mischwälder.

Zum anderen bringt das neue Jagdrecht auch im Tierschutz einen erheblichen Fortschritt. Zwölf Jahre, nachdem der Tierschutz im Grundgesetz verankert wurde, kommt es zu deutlichen Verbesserungen in der Jagd: Zu-

künftig dürfen zum Beispiel keine Totschlagfallen mehr eingesetzt werden, die Baujagd auf Füchse und Dachse wird nicht mehr erlaubt sein und viele Arten werden aus dem Jagdrecht genommen. Auch der Abschuss von Katzen durch Jägerinnen und Jäger gehört mit dem neuen Gesetz der Vergangenheit an. Die Furcht vieler Katzenbesitzerinnen und -besitzer, dass ihre Katze eines Tages nicht mehr nach Hause kommt, wird damit geringer.

Mit diesem Gesetz modernisiert Nordrhein-Westfalen die Jagd und macht sie zukunftsfest. In einer Zeit, in der die Gesellschaft intensiv den Sinn der Jagd diskutiert und hinterfragt, gibt das neue Gesetz die richtigen Ant-

worten. Mehr Informationen gibt es auch auf der Themen-Homepage der Fraktion: <http://gruene.fr/jagdgesetz>



FDP-Fraktion fordert ein Schutzschild für öffentliche Kunst

Der Verkauf von zwei Werken von Andy Warhol durch den landeseigenen Spielbank-Betreiber Westspiel hat eine Debatte über den Umgang mit Kunstwerken im Eigentum der öffentlichen Hand angestoßen. Veräußerungen von Kunst der Portigon AG und des WDR sind bereits angekündigt. Die FDP möchte das kulturelle Erbe Nordrhein-Westfalens vor dem Ausverkauf schützen.



Ingola Schmitz (FDP)

Zahlreiche landeseigene Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen verfügen über kulturell bedeutsame und teilweise sehr wertvolle Kunstwerke. Viele davon werden – wie etwa im Landtag – zu repräsentativen Zwecken genutzt und sind somit auch der Öffentlichkeit grundsätzlich zugänglich. Allerdings ist gar nicht

bekannt, welche Kunstschatze bei landeseigenen Unternehmen und Institutionen im Einzelnen überhaupt vorhanden sind. Die FDP-Fraktion fordert daher eine Bestandsaufnahme. „Der vollständige Bestand an Kunstwerken in öffentlichem Eigentum scheint weder der Landesregierung noch anderen Einrichtungen des Landes bekannt zu sein. Hier ist Transparenz notwendig. Das sollte in

Form eines Kunstregisters bei der Kunstsammlung NRW erfolgen“, erklärt Ingola Schmitz, kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Kunstwerke, die von landeseigenen Institutionen beschafft wurden, gehören zunächst den Bürgerinnen und Bürgern und sind keine finanziellen Rücklagen der Landesregierung.

Ein Verkauf ohne angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit darf daher nach Ansicht der FDP grundsätzlich nicht stattfinden. Für zukünftige Verkaufspläne fordern die Liberalen eine Einbindung der Kunstsammlung NRW und des Parlaments.

Darüber hinaus muss auch im Umgang mit den Kunstwerken mehr Sorgfalt walten. In der Vergangenheit wurden bedeutsame Kunstwerke in Landesunternehmen beschädigt oder sogar entsorgt. „Der sorgsame Umgang mit solchen Kunstwerken muss abgesichert werden. Dazu müssen sich die Einrichtungen des Landes verpflichten und den Experten der Kunstsammlung NRW darüber Zeugnis ablegen“, fordert Schmitz.



Wenn Beharrlichkeit gewinnt – Schulsozialarbeit ist Pflichtaufgabe

„PIRATEN wirken“ – wenn wir das Petikum der Regierung einer „Politik der Einladung“ betrachten, dann kommen wir direkt zur Schulsozialarbeit. Rot-Grün feiert sich in diesen Tagen für das sozialpolitische Ei des Kolumbus „Wir finanzieren die Schulsozialarbeit weiter“. Nachdem die Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket Ende 2013 ausgelaufen waren, krankte das Konzept der Schulsozialarbeit an fehlender Finanzierung. Spätestens da stand fest, dass die klammen Kommunen in NRW entweder die Mittel selbst aufbringen oder die Schulsozialarbeit einstellen müssen. Rechtzeitig vor Ablauf der Bundesmittel hatten wir 2013 mit zahlreichen Anträgen in den Ausschüssen und unter Beteiligung von Betroffenen zur Fortsetzung der Finanzierung gemahnt. Aber: Haushaltsänderungsanträge und Anträge zum

Handeln wurden abgelehnt. Zuletzt hatten wir im Oktober beantragt, die Landesregierung zu verpflichten, im Landeshaushalt 2015 die Mittel zum Erhalt der Schulsozialarbeit einzustellen. Die namentliche Abstimmung ergab: Ablehnung aller Abgeordneten von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP.

Keine zwei Monate später hat Rot-Grün angesichts des drohenden System-Kollapses erkannt, dass die Politik des „Kein Kind zurücklassen“ auch und gerade diesen wichtigen sozialpolitischen Aspekt nicht außer Acht lassen darf. Eine, wenn auch späte, Erkenntnis, die zeigt, dass politischer Druck auch von der kleinsten Oppositionspartei nötig ist, um Wichtiges zu bewirken.



Dietmar Schulz (PIRATEN)

Es ist kurz vor zwölf. Zahlreiche Schulsozialarbeiter mit ausgelaufenen Verträgen haben nun andere Jobs. Die Kontinuität der Arbeit an zahlreichen Schulen ist unterbrochen. Jetzt gilt es, den Rettungsschirm über die Betroffenen zu spannen – spät, aber nicht zu spät. Das PIRATEN-Label haftet dieser Entscheidung in letzter Minute an. Wir lehnen sachfremde Politik aus Parteikalkül ab und stehen für konstruktive Politik des Miteinanders für die Menschen in NRW.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Westfälische Wahrzeichen

Landtagspräsidium erlebte das Münsterland zwischen Historie und Hightech

11. November 2014 – Über die Vielfalt des Münsterlands zwischen Historie und Hightech informierte sich das Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen im Rahmen seiner jüngsten Regionenreise. Mit Stationen in Münster und Warendorf standen für Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke weltbekannte, aber auch neue Wahrzeichen Westfalens auf dem Programm.



Im Friedenssaal des Historischen Rathauses von Münster begann für das Landtagspräsidium ein eindrucksvoller und gesprächsreicher Tag im Münsterland. Oberbürgermeister Markus Lewe hieß die obersten Repräsentanten des Landesparlaments an jenem geschichtlich herausragenden Schauplatz des Westfälischen Friedens von 1648 willkommen. Dieses historische Ereignis sei auch heute noch eine wichtige Mahnung und Verpflichtung „für uns alle, in Frieden zu leben und für den Frieden in der Welt Sorge zu tragen“, so das Stadtoberhaupt. Lewe blickte jedoch nicht nur auf die bedeutsame Stadtgeschichte zurück, sondern lenkte die Aufmerksamkeit des Landtagspräsidiums

angesiedelt. Sie erforschen aus chemischer, physikalischer und biologischer Perspektive kleinste Teilchen, sogenannte Nano-Partikel, und deren Auswirkungen unter anderem auf den menschlichen Körper. Das NBZ habe sich gemeinsam mit der Stadt und den Hochschulen vor Ort zum Ziel gesetzt, Münster als international führenden Standort der Nano-Partikel-Forschung zu etablieren, berichteten Geschäftsführer Matthias Günnewig und der wissenschaftliche Leiter, Dr. Klaus Michael Weltring.

Als weiteren „wichtigen regionalen Identitätsstifter“ lernte das Präsidium am Nachmittag den jüngst eröffneten Neubau des LWL-Museums für Kunst und Kultur kennen. Vom Mittelalter bis in die Gegenwart reicht die künstlerische Sammlung, die der Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf nun über 7.500 Quadratmetern präsentieren kann. Im Rundgang durch die Ausstellung erläuterte der Leiter des Museums, Dr. Hermann Arnhold, wie sich die Exponate und die außergewöhnliche

zeichen und zugleich das Wappentier Nordrhein-Westfalens ging es schließlich beim Aufenthalt in Warendorf. Dort besuchte das Landtagspräsidium das Nordrhein-Westfälische Landgestüt und informierte sich im Gespräch mit Gestütsleiterin Susanne Schmitt-Rimkus über die Herausforderungen der Hengstzucht. Das 1826 gegründete Landgestüt, das unter anderem für seine „Warendorfer Hengstparaden“ weithin bekannt ist, besuchen jährlich Zehntausende Touristinnen und Touristen.

„JUWEL FÜR WARENDORF“

Damit sei das Landgestüt ein „Juwel für Warendorf und die gesamte Region“, sagte Bürgermeister Jochen Walter. Er begleitete das Präsidium beim Rundgang durch die Stallungen und lud die Gäste im Anschluss zum Gespräch ins Rathaus ein. Dort ging es, wie auch bereits in Münster, um Stadtentwicklungsprojekte und vor allem um die aktuellen Anstrengungen der Kommunen zur Unterbringung und Versorgung der zunehmenden Anzahl von Flüchtlingen. Das Präsidium sagte zu, die Eindrücke aus den Gesprächen des Tages in den Landtag mitzunehmen und somit die Kontakte zwischen Volksvertretung und Region weiter zu stärken. Denn das, so Landtagspräsidentin Gödecke, sei oberstes Ziel der regelmäßig stattfindenden Regionenreisen.

Sebastian Wuwer

Fotos: Schälte

zugleich auf die künftige Entwicklung der Stadt, die wenige Tage zuvor ihre 300.000 Einwohnerin begrüßt hatte und mit ihrem „einzigartigen Lebensgefühl zwischen Urbanität und Natur“ weiter wachsen werde.

Blicke in die Zukunft konnten Landtagspräsidentin Gödecke und die Vizepräsidenten anschließend auch im Münsteraner Nano-Bioanalytik-Zentrum (NBZ) werfen. Unter einem Dach haben sich dort dank finanzieller Förderung von Europäischer Union, Land und Kommune mehrere Forschungsunternehmen

Architektur des Museumsneubaus gegenseitig ergänzen und wie sich das Museum auf eindrucksvolle Weise in das Stadtbild am Münsteraner Dom fügt. Das Landtagspräsidium war sich danach einig, dass sich das neue Museum schnell zu einem neuen Wahrzeichen der

Stadt und weit darüber hinaus entwickeln werde.

Um ein weiteres westfälisches Wahr-





Persönlich: Christian Dahm (SPD)



Selbsteinschätzung und Fremdwahrnehmung sind fast identisch: [Christian Dahm](#) charakterisiert sich selbst – nach anfänglichem Zögern und in gebotener Bescheidenheit – als „bodenständig, ausgehend und stets den Kompromiss suchend“. Wegbegleiter des 51-Jährigen ergänzen die Eigenschaften des Ostwestfalen mit den Anmerkungen „ruhig, sachlich, besonnen, aber gelegentlich etwas distanziert erscheinend“. Insgesamt also gute Voraussetzungen, um als Vorsitzender des Kommunalausschusses die Debatten in eine möglichst konstruktive Richtung zu steuern.

In dem Gremium gebe es einen Grundkonsens, weil viele Ausschussmitglieder kommunalpolitisch aktiv sind, befindet Dahm. „Uns alle treibt an, etwas für die Städte und Gemeinden zu tun – nur der richtige Weg dorthin ist streitig.“ Die Nähe zur lokalen Politik ist dem verheirateten Vater von zwei erwachsenen Söhnen in die Wiege gelegt worden. In einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus aufgewachsen, ist er vom politischen Engagement seines Vaters im

Kreis Herford geprägt worden. Nach ehrenamtlichen Tätigkeiten im Kindergarten und in der Schulpflegschaft und der damit verbundenen Sozialisation war der Eintritt in die Partei konsequent und folgerichtig. „Es gab keine Alternative zur SPD. Nirgendwo sind die soziale Gerechtigkeit und der Einsatz für die Menschen so ausgeprägt wie in der SPD“, erläutert er seine inzwischen 25 Jahre zurückliegende Entscheidung. Nach dem „Hürdenlauf durch die Ortsvereine“ nutzte Dahm auch seine durch den Polizeibeamtenberuf erworbenen Kenntnisse, um sich vom sachkundigen Bürger über das Ratsmandat bis zum SPD-Fraktionsvorsitzenden (2006 bis 2012) in Vlotho voranzuarbeiten. Bereits seit zehn Jahren ist er in der knapp 20.000 Einwohner zählenden Kommune an der Weser Vorsitzender im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport. „In der Kommunalpolitik ist man nah an den Menschen“, erklärt der Politiker, dass sich die Arbeit im Lokalen und im Landtag gut ergänzt. Dass dabei die beruflichen Erfahrungen einfließen, hält Dahm für selbstverständlich: „Korrekt, geradlinig, klar strukturiert und immer ehrlich“ – diese Eigenschaften habe er als Polizist („Ich habe immer Uniform getragen“) umgesetzt – und setze sie in der Politik fort. „Ich habe gelernt, schnell Wichtiges von Unwichtigem zu trennen“, setzt er auf klare und nachvollziehbare Entscheidungen. „Dafür stehe ich und daran lasse ich mich messen.“ Deshalb drücke er sich nicht davor, auch unbequeme Wahrheiten klar zu benennen, befindet der Polizeihauptkommissar.

„Es ist mir eine besondere Ehre, das Mandat auszuüben und meinen Wahlkreis im Parlament zu vertreten“, ist dem 51-Jährigen eine gewisse Demut

im Amt nicht verloren gegangen. „Eine politische Karriere kann und sollte man nicht planen“, rät Dahm. Dass er seine angestrebten politischen Ziele mit dem Vorsitz im Kommunalausschuss und der Mitarbeit im Innenausschuss bereits erreicht hat, dürfte diese Einschätzung erleichtert haben. Und wer weiß, was noch folgt? Denn als Kommunalausschusschef knüpft er an die Arbeit seiner Parteifreunde Edgar Maron und Carina Gödecke an.

Der Freund der leisen Töne neigt nicht zum Jammern: „Stärken statt Schwächen betonen“, lautet seine Devise. Die „junge, aufstrebende und wirtschaftsstarke Region Ostwestfalen“ ist seiner Einschätzung gut im Landesparlament vertreten. „OWL ist nicht abgehängt, sondern gut aufgestellt“, kommentiert der Kommunal-experte etwa das Dauerbrennerthema Gemeindefinanzierung. Von einer Bevorzugung des Ruhrgebiets könne bei den Überweisungen des Landes keine Rede sein.

Der Diplom-Verwaltungswirt, der nach seiner dreijährigen Tätigkeit bei der Bezirksregierung Detmold bis 2010 im Polizeipräsidium Bielefeld tätig war, wurde jüngst von seiner beruflichen Vergangenheit eingeholt. Ausgerechnet in Herford kam es zu Auseinandersetzungen, in die die dort lebenden Jesiden einbezogen wurden. „Das war schon eine knisternde Stimmung“, beschreibt der Polizist die Situation bei den Krawallen. Natürlich war er selbst vor Ort, um sich ein unverfälschtes Bild von der Lage zu machen. „Wir müssen dem Extremismus die Grenzen aufzeigen“, betont Dahm unmissverständlich. Und da ist eine gewisse Distanz zu den Ereignissen für eine abgewogene Urteilsbildung hilfreich.

Robert Vornholt

Transatlantische Begegnungen

Bei einem Besuch in den USA haben 17 Abgeordnete des Landtags (Delegationsleitung Angela Freimuth, FDP, Mitte) mit US-Experten aktuelle transatlantische Themen, die weltweite Flüchtlingssituation sowie den Kampf gegen Ebola erörtert. Die Mitglieder der Parlamentariergruppe NRW-USA reisten in der zweiten Novemberwoche in die Hauptstadt Washington und nach New York.



Die Abgeordneten vor dem Kapitol in Washington, dem Sitz des US-Parlaments.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

[Weitere Hinweise](#)



www.landtagintern.de

Geburtstage

3. Dezember bis 16. Dezember 2014

3.12. Dr. Droste, Wilhelm (CDU)	54
3.12. Andres, Dagmar (SPD)	45
8.12. Preuß, Peter (CDU)	61
9.12. Groschek, Michael * (SPD)	58
14.12. Kuper, André (CDU)	54
16.12. Sundermann, Frank (SPD)	49

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

10.12. Monheim, Ursula (CDU)	75
11.12. Dr. Daniels, Hans (CDU)	80
15.12. Kramps, Wilfried (SPD)	75

Zur Person

Der bislang fraktionslose Abgeordnete Robert Stein ist seit dem 18.11.2014 Mitglied der CDU-Fraktion. Diese vergrößert sich damit auf 68 Sitze.

Dokumenten-Aboservice

Über den Dokumenten-Aboservice erhalten Interessierte täglich per E-Mail kostenlose Hinweise auf die neuesten Parlamentspapiere. Nutzerinnen und Nutzer registrieren sich dazu auf der Startseite www.landtag.nrw.de oder unter der Rubrik „Dokumente & Recherche/ Dokumenten-Aboservice“ und bestätigen die Anmeldung über einen per Mail zugesandten Link. Sie können dabei wählen, über welche Dokumente sie zu welcher Uhrzeit informiert werden möchten.

Treffen & Termine

12.12.2014 Veranstaltung „Jung, aktiv, engagiert – Junge Menschen im Ehrenamt“

17.12.-9.1.2015 Ausstellung „Faszination des Tanzes“

18.12.-9.1.2015 Ausstellung „Knastkultur ... ein kreativer Weg“

Ausstellungen sind in der Regel montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten: Tel. (0211) 884-2129, E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Landtagsandacht

Wie in jeder Plenarwoche haben Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Antonius Hamers, vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag, 3. Dezember 2014, zum Parlamentsfrühstück und zur anschließenden Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Augen auf in der Cyber-Welt

Früher musste man lernen, mit Rollschuhen nicht hinzufallen, heute, bei der Nutzung digitaler Angebote nicht hereinzufallen. Dieses Ziel hatte sich der „Tag der Medienkompetenz“ gesetzt, zu dem Landtag, Landesregierung und Grimme-Institut gemeinsam eingeladen hatten. Einen Tag lang beschäftigten sich rund 800 Jugendliche in Diskussionsforen, aber auch in praktischen Mitmachaktionen mit der digitalen Welt, ihren Möglichkeiten, aber auch ihren Gefahren. Ein wichtiges Thema: der sichere Umgang mit eigenen Daten, zum Beispiel bei der Nutzung sozialer Netzwerke. Demonstrationen des „Live Hacking“ zeigten, wie leicht auch ein Unbefugter an Daten aus fremden Smartphones und Tablets gelangen konnte. Ein wirksamer Schutz der Daten, aber vielleicht auch darüber hinaus: das von Medienexperten geforderte „Handyfasten“.

Foto: Schälte